
FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

Helga Grebing:
Neue Solidarität ohne alte Arbeiterbewegung?*

Prof. em. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, lehrte bis zum Sommersemester 1995 Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Solidarität - was soll man sich von ihr vorstellen nach den vielen Abschieden von den Klassen und Schichten, der Proletarität, der Arbeiterbewegung, dem Sozialismus als den Ladenhütern der Geschichte? Solidarität - was sagt sie denen, die sich „jenseits von Klasse und Stand“ stehend defi-

* Inge Wöttig-Danielmeier zum 60. Geburtstag gewidmet.

nieren? Solidarität — riecht das nicht nach Achselschweiß mit Weihrauch vermischt? Solidarität - gilt sie nicht bestenfalls jenen, denen es bereits gut geht und noch besser gehen soll? Solidarität - mehr als ein Wort ohne sozialmoralische Deckung, die es traditionsdefiniert am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu geben scheint, nicht mehr geben kann, auch nicht mehr zu geben braucht?

I.

Wir stehen mitten im Prozeß hin zu einer massiv entsolidarisierten Gesellschaft; es ist ein Prozeß, der gekennzeichnet ist durch brutale Entwertungen und extreme Ungleichheitserzeugung, durch die Marginalisierungen von Jungen, Alten, Kranken, Frauen, durch Verarmung und Verschuldung von Familien mit Kindern, durch den Verlust der Arbeit als Lebenssinnstiftung und Voraussetzung von Solidarität, die zu jenen Restposten industriegesellschaftlicher Tugenden gezählt wird, die im „Kapitalismus ohne Arbeit“ für vernachlässigungswert gehalten werden können. Dieser Prozeß tangiert inzwischen die Grundlagen des rechts- und sozialstaatlichen Konsenses, der unsere Republik einst zu gründen ermöglichte.

Doch sollte man sich nichts vormachen: Ungleichheitserzeugung bedeutet ja auch, daß viele Gleiche noch gleicher werden: jene, für die inzwischen mehr als 40 Prozent des Einkommens disponibel sind; die, die sich die Pluralisierung ihrer sozialen Beziehungen leisten können und die, die ihre (mehr als 30 Prozent) Einpersonenhaushalte nach individuellem Gusto gestalten; jene autonomen (oder doch so erscheinenden) Biographie-Bastler, die das, was „früher“ als Bruch galt, nun als erstrebenswerte Lebensabschnittsgestaltung betrachten; jene Lebensstilabsolventen, an denen man nicht mehr ohne weiteres Schichtzugehörigkeit erkennen kann (das kann jeder erfahren, der im Urlaub am mehr oder weniger heiteren Beruferaten scheitert). Vom besonderen neudeutschen spätkleinbildungsbürgerlichen Hedonismus soll hier lieber geschwiegen werden.

Da soll nun eine neue deutsche „Kultur der Solidarität“ entstehen, erzeugt, gezündet werden können? Von wem? Wie? Sozialwissenschaftler mit bemerkenswerter Resonanz wie Ulrich Beck und Helmut Dubiel warnen: Wer die alte Solidarität wiederherstellen will, muß das Rad der Modernisierung zurückdrehen. Sie sind überzeugt davon, daß in der individualisierten Gesellschaft „alle Quellen identitärer Gemeinschaftlichkeit versiegen“. Die faschistisch-autoritären und die stalinistisch-totalitären Herrschaftssysteme haben gleichermaßen davon „überzeugt“, daß die Illusion einer homogenen Gesellschaft nur durch Terror zu erzeugen und in Realität umzusetzen ist. Aber auch die in Aufklärung und emanzipatorischem Denken verwurzelten Demokratien haben lernen müssen, daß durch ihre Institutionen und willensbildenden Regelwerke nicht automatisch verantwortungsethische Handlungsbereitschaft hergestellt wird. Die durch die kommunitaristischen Botschaften erzeugten Hoffnungen auf „ein die gesamte Gesellschaft umgreifendes, ihrer

Identität entnommenes konsensuales Band" bleiben deshalb vage; denn der Konsens ist es ja gerade, der sich nicht einfach herstellt, es sei denn über eine bloß angenommene Einheit der Gesellschaft mit sich selbst, die in Wahrheit die einer noch so wohlmeinenden Stellvertreter-Minorität wäre. Erst recht problematisch, wenn nicht gefährlich wäre eine Loyalitätsbindung in der Gesellschaft auf dem Fundament einer Art von Resakralisierung unter Berufung z. B. auf „Die Zehn Gebote“, das „Gutmenschentum“, die „Moralitäter“, symbolhaft verdichtete Erinnerungsarbeit, was alles immer quasi imaginär „Einheit“ suggerieren soll.

II.

Auch die Quellen der Solidarität, die die alte Arbeiterbewegung zur Verfügung hatte, sind versiegt, wie überhaupt die Kulturbestände des industriellen Kapitalismus aufgebraucht scheinen, zumal sie, worauf die Entstehungsformen der bürgerlichen Gesellschaft und die Prozesse der kapitalistischen Transformation verweisen, auf vor- und nicht-kapitalistischen Kulturbeständen beruhen - Dubiel spricht zutreffend von der „stabilisierenden Überständigkeit von vorkapitalistischen Sinnresten“.

Auch die Arbeiterbewegung in Europa speiste ihre ursprünglichen Solidarformen aus vor- und frühkapitalistischen Sozialmoralen, über die die traditionellen Lebensstile zu sozialmoralischen Milieus verdichtet wurden. Diese wiederum bildeten das Fundament für das dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft immanente, gleichwohl alternative Prinzip: den Sozialismus. Dieser fand schließlich seine sozialökonomischen Haltepunkte im industriegesellschaftlichen Klassen- und Schichtengefüge, das immer in sich höchst differenziert formiert war über lebensweltliche Normierungen, traditionale Lebensstile, solidargemeinschaftliche Netzwerke. Deren Eigentümlichkeit bestand in der nur den Außenstehenden als gebrochen erscheinenden Transformation von vorkapitalistischen Sinnresten in überkapitalistische Leitideen.

Unter Historikern der Arbeiterbewegung wird darüber gestritten, welche Bindewirkung die Komponenten der proletarischen Sozialmoralen eigentlich gehabt haben. Wenn auch vielfach gebrochen, gar erodiert, schemenhaft verblaßt, beinahe zerstört, blieben sie - meine ich - dennoch, oft in Tiefenstrukturen versenkt, existent und wirksam bis weit ins 20. Jahrhundert hinein, vielleicht latent bis heute. Solidarität bedeutete in diesem Gefüge etwas recht Einfaches und Konkretes (wenn auch oft wegen der Verstärkung der Bindewirkung quasi sakral Überhöhtes): Da kämpften die Starken, die immer mehr und immer stärker wurden, für sich und nahmen die Schwachen mit.

Nun sind wir inzwischen mit dem Zerfall der sozialmoralischen Milieus konfrontiert, und schwerlich sind Arbeitermilieus auszumachen als eine Art Agenturen, die auf Anforderung verbindliche Muster für eine Normalexistenz liefern. Der gesellschaftliche Zusammenhang geht verloren in dem

Maße, in dem der Sozialstaat als institutionalisierend wirkendes Implantat des dem Kapitalismus immanenten alternativen Prinzips des Sozialismus keine grundsätzliche Unbefragbarkeit mehr in Anspruch nehmen kann, soll. Mit dem Verbrauch der traditionellen Wertformen wachsen die Schwierigkeiten, sich auf gruppen- und interessenübergreifende Problemlösungen zu verständigen. Eindimensionale Strategien, die im Ergebnis Ungleichheiten nur verstärken und Ausgrenzungen zur ökonomischen Effizienzsteigerung nutzen, haben Konjunktur. Auch die Gewerkschaften beteiligen sich mit der Zuweisung bzw. Inanspruchnahme von sektoralen Bearbeitungsfeldern an die Einzelgewerkschaften an dieser Segmentierungstendenz und betreiben in sich einheitszerstörend wirkende Entsolidarisierungen.

III.

Deshalb ist die Nachfrage unvermeidlich, was es denn bedeuten soll, wenn der DGB in seinem Programmwurf zu streiten verspricht „für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerecht verteilt sind“? Trachten die Gewerkschaften vielleicht danach, sich damit zu „bewähren“ als Institutionen des 19. Jahrhunderts oder annoncieren sie sich als Erfinder eines neuen Sozialmodells für das 21. Jahrhundert? Wie soll denn der Konsens darüber geschaffen werden, was „gerecht“ ist, da man doch nicht erst seit heute weiß, daß sich die Fragen nach Gerechtigkeit aufgrund der Komplexität und Differenziertheit der modernen Gesellschaften nicht mehr eindeutig entscheiden lassen. Wie ergibt sich tendenzielle Gleichheit, die doch als Voraussetzung von Solidarität als Einzelinteressen überwindender Verbundenheit gilt, unter Nicht-Gleichen und Nicht-gleich-sein-Wollenden? Wie zu einer demokratischen Lebensweise gelangen, die eine Bürgertugend stimuliert, durch die sich Einzel- und Gruppeninteressen dem Gemeinwohl unterordnen? Dabei wäre noch mit zu bedenken, daß Gemeinwohl, jedenfalls in modernen demokratischen Gesellschaften, das Ergebnis von Prozessen in einem sozialem Handlungsfeld ist, in dem ein Ausgleich der Interessen aller ständig neu ermittelt werden muß.

Die Vertreter des Individualisierungs-Theorems verweisen nachhaltig darauf, daß Individualisierung nicht Atomisierung, nicht Vereinzelung, nicht Beziehungslosigkeit bedeute und individuelle Autonomie nicht per se Egoismus; die augenscheinlich zutiefst gespaltene Gesellschaft zerfalle nicht in lauter separierte Teilmengen, die einander begriffe- und verständnislos gegenüberstehen. Solidarität läßt sich jedoch nach dieser Auffassung nicht mehr einfordern, schon gar nicht verordnen oder als ein Pflichtprogramm absolvieren. Nachtraditionale Solidarität ist demnach die anhaltende Anstrengung, unterschiedliche Interessen zu überbrücken und gegenseitig Verantwortung zu tragen.

Eine solche Sicht in Beziehung gesetzt zu den historischen Erfahrungen der klassischen Arbeiterbewegung könnte einige zukunftssträchtige Einsichten vermitteln. Zwar mögen einerseits inzwischen die strukturellen Vor-

aussetzungen für große homogene soziale Bewegungen, wie sie einst die Organisationskraft der Arbeiterbewegung hervorbrachte, fehlen; aber andererseits könnten die Chancen für kleinere soziale Bewegungen, die an Einzelprobleme, Lebenslagen und individualisierte Bedürfnisstrukturen anknüpfen, steigen. Die nachindustriellen Kommunikationsformen könnten dann das Ihre dazu beitragen, die soziale Isolierung und die mangelnde Homogenität dieser kleinen sozialen Netzwerke aufzuheben. Dies wäre allerdings die Voraussetzung dafür, daß aus der Vielheit der in Netzwerke eingebundenen sozialen Proteste, die letztlich wirkungslos bleiben müßten, wie die Vor-Geschichte der klassischen Arbeiterbewegung so häufig zeigte, eine soziale Bewegung mit solidarischem Charakter hervorgehen kann.

Dem korrespondiert die Vorstellung eines Modells der partizipativen Demokratie, das seine Funktionsfähigkeit nicht allein und nicht einmal primär aus dem institutionell gesicherten Regelwerk bezieht. Wenn individuelle Beteiligung an Gemeinschaftsverpflichtungen stattfinden soll, bedarf es breitgestreuter Chancen öffentlicher Partizipation und sozialer Teilhabe, über die die Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und solidarisches Verhalten untereinander immer wieder erneuert werden können. Wesentliches Moment dieses auf die Solidarität hinwirkenden „Erziehungsprozesses“ ist nach Helmut Dubiel ein konsequenter „linker Antitotalitarismus“: der Verzicht auf jede Suggestion von „Einheit“; denn: Demokratie bezeichnet „das Projekt einer Gesellschaft, die sich einzig in der institutionalisierten Anerkennung ihrer normativen Desintegration integrieren kann“.

Der normative Anspruch des Postulats erscheint unübersehbar, seine empirische Überprüfbarkeit noch begrenzt; aber es ist legitim, die Möglichkeit künftiger Realität zu denken und sich damit Gestaltungs Kräften zu öffnen, die Solidarität in einem neuen Sinn begründen könnten, nicht zuletzt auch deshalb, um für die Erhaltung, Wiedergewinnung und Neubegründung der unverzichtbaren strukturellen Rahmenbedingungen für die partizipative Demokratie in der Gegenwart streiten zu können.

Ebenso legitim ist es, Wirkungskräfte jenseits vom Hauptstrom der Individualisierung, Differenzierung, Pluralisierung, Dynamisierung transparent zu machen, die die Modernisierung der Industriegesellschaft überstanden haben. Zum einen ist Individualisierung bzw. Entsolidarisierung kein Phänomen erst des Endes des 20. Jahrhunderts; es gab sie eigentlich immer innerhalb bestimmter großer sozialer Milieus. Zum anderen deutet einiges daraufhin, daß sich die Klassengesellschaft nicht vollends und endgültig destrukturiert hat und daß Schichtenunterschiede sich nicht einfach aufgelöst haben, sondern nur in Tiefenschichten versunken sind. Das bedeutet aber auch, daß die Bedingungen für die alte Solidarität in neuem Gewand durchaus latent vorhanden sein könnten, sich allerdings in Gruppen- und Einzelinteressen verborgen halten, so daß es darauf ankäme zu lernen, sie enttraditionalisiert zu buchstabieren.

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach dem Stellenwert der „Arbeit“ für die subjektive, gleichwohl sozial vermittelte Identitätsbildung. Entgegen den Erwartungen der Postindustrialisten hat, wie Martin Baethge u. a. Anfang der neunziger Jahre festgestellt haben, für große Gruppen von Beschäftigten, nicht zuletzt für Frauen, die Berufsrolle und das Qualifikationsprofil eine integrale Funktion für die persönliche Identitätsbildung wie für deren Stabilisierung behalten. Abstrakt-allgemein übersetzt hieße das: Das Herstellen von sich selbst und vermittelt aus sich heraus von „Sachen“ in Natur und Gesellschaft im Zusammenspiel mit anderen und in direkter wechselseitiger Teilhabe ist - Marx nicht zu vergessen - ein Gattungsbedürfnis. Gerade wer „Arbeit“ nicht mehr im verengten industriegesellschaftlichen Verständnis interpretiert, kann auf Solidarität bei der Verantwortung für eine überlebensfähige Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen nicht verzichten.

Statt nach dem Ende der alten Arbeiterbewegung und der Desavouierung des Sozialismus in seiner totalitären Version ein Katastrophenszenario nach dem anderen aufzulegen oder abgestandene Kollektivität zu pflegen und ihr den Vorzug zu geben vor den neuen schwereren Freiheiten oder der kriegerischen Logik des Ungleichheit erzeugenden Kapitalverwertungsprozesses in der Form der reinen Marktwirtschaft als naturgegeben zu folgen, gäbe es ja die Alternative - in diesem Fall für die Gewerkschaften - neue provokante Sozialmodelle zu „basteln“. In ihnen könnte Solidarität (samt Anhängern wie -Zuschlag, -adresse usw.) nicht mehr als Unwort des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts vorkommen, sondern eingesetzt werden in ihren Wert für eine menschenwürdige Gesellschaft.